

Frage	DIE LINKE	SPD	B90/ Grüne	FDP
<p>Eine Krankenhausstrukturreform steht bevor. Welche Positionierung nimmt Ihre Partei ein in Bezug auf die Streichung der Level 1i Krankenhäusern und der damit nicht mehr stattfindenden Stärkung der Profession Pflege.</p>	<p>In Brandenburg fand Anfang der 1990 Jahre eine Krankenhausstrukturreform statt. Eine Reihe von Kliniken wurde vom Netz genommen. Die aktuell in Brandenburg bestehenden Krankenhäuser sind für eine flächendeckende Versorgung notwendig. Eine Schließung von weiteren Klinikstandorten lehnen wir entschieden ab. Gleichwohl besteht auch in Brandenburg ein hoher Reformdruck, was die Zukunftsfähigkeit und die nachhaltige Finanzierung der medizinischen Leistung betrifft. DIE LINKE setzt sich für eine sektorenübergreifende, regionale Versorgungsplanung ein. Die Kliniken müssen dabei als Anker der medizinischen Versorgung erhalten bleiben. Kleine Klinikstandorte in dünn besiedelten Regionen sollten zu ambulant-stationären Zentren weiterentwickelt werden. Ähnliches sah der Reformvorschlag zu Level 1i Krankenhäuser vor. Unklar ist jedoch, wie diese Kliniken zukünftig finanziert werden und wie umfangreich ihr Versorgungsauftrag ausgestaltet ist. Hier muss der Druck auf den Bund erhöht werden.</p>	<p>Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich auch in Zukunft gegenüber dem Bund mit starker Stimme für die Interessen des Landes Brandenburg einsetzen. Das gilt insbesondere für den vom Bundeskabinett (Mai 2024) beschlossenen Entwurf zum Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz. Bei dem nun im Bund einsetzenden parlamentarischen Verfahren ist für uns das unter den Bundesländern geeinte 16:0-Positionspapier (April 2024) eine wichtige Grundlage. Dessen Verbesserungsvorschläge müssen in den kommenden Debatten Berücksichtigung finden. Hierzu gehören für uns im Besonderen die Diskussionen um den Erhalt der Krankenhausplanungshoheit der Länder, die Zustimmungspflicht des Gesetzes im Bundesrat, einen die Länder unterstützenden Transformationsfonds sowie für alle klar und zufriedenstellende Regelungen für eine sektorenübergreifende Versorgung.</p>	<p>Eine Krankenhausreform ist notwendig, da sind sich alle Gesundheitsakteur*innen einig. Aber: Die bundesweiten Voraussetzungen der Versorgungslandschaft sind nicht gleich, weshalb bundeseinheitliche Vorgaben nicht genügend regionale Besonderheiten berücksichtigen. In den ostdeutschen Ländern gibt es viel weniger Möglichkeit zur Zentralisierung und umso wichtiger ist die Stärkung sektorenübergreifender Versorgungsangebote. Wir hätten die Level 1i Krankenhäuser als ambulant-stationäre Gesundheitszentren unter pflegerischer Leitung begrüßt, da wir grundsätzlich die Eigenständigkeit der Pflege voranbringen wollen. Dass diese nun im aktuellen Entwurf nicht mehr vorhanden ist, kritisieren wir.</p>	<p>Durch aktuelle Krisen verstärkt, ist unser Gesundheitssystem in den letzten Jahren enorm unter Druck geraten. Fehlgesteuerte Finanzierung, der demographische Wandel und mangelhafte Digitalisierungskonzepte sind nur drei Problemfelder unter vielen. Neben einer nachhaltigen Finanzierung ist daher eine moderne, zielgerichtete und bedarfsgerechte Versorgung der Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen. Wir stehen daher grundsätzlich zur überfälligen und notwendigen Krankenhausstrukturreform und arbeiten weiterhin zielorientiert für eine bessere, bedarfsgerechte und kosteneffiziente Behandlung der Patientinnen und Patienten.</p>

Frage	DIE LINKE	SPD	B90/ Grüne	FDP
<p>Welche Positionierung nimmt Ihre Partei ein bezugnehmend auf etwaige Krankenhausschließungen, Abbau von stationären Leistungsangeboten in ländlichen Regionen und Zentralisierung in größeren Kliniken mit längeren Anfahrtswegen?</p>	<p>In Brandenburg werden alle Klinikstandorte als Anker der medizinischen Versorgung auch zukünftig benötigt. Richtig ist, dass nicht an allen Standorten die gleiche medizinische Leistung angeboten werden muss. In Brandenburg existiert deshalb seit Jahren ein gestuftes Versorgungssystem. Am Klinikstandort Templin wurde im Rahmen eines Modellprojektes ein ambulanzstationäres Zentrum erfolgreich geprobt. Dies gilt es nun endlich auf eine tragfähige gesetzliche Grundlage zu stellen und auf andere kleine Klinikstandorte auszuweiten. Zentralisierung von medizinischen Eingriffen ist sinnvoll, sofern es sich um planbare und komplizierte Eingriffe handelt. Eine wohnortnahe Versorgung von einfachen chirurgischen Eingriffen muss jedoch gewährleistet bleiben, genauso wie eine flächendeckende Notfallversorgung.</p>	<p>Um alle Krankenhausstandorte zu erhalten und zu stärken, hat die SPD-geführte Landesregierung enorme finanzielle Anstrengungen unternommen. So haben die Krankenhäuser, bundesweit einzigartig, zwischen 2022 bis 2024 rund 200 Mio. Euro pro Jahr vom Land bekommen. Diesen Weg werden wir fortsetzen und halten am Ziel fest, die Qualität der Versorgung weiter zu verbessern. Statt der bisher festen Fördersumme von 110 Mio. Euro pro Jahr erhalten unsere Krankenhäuser unter einer SPD-geführten Landesregierung künftig jährlich 200 Mio. Euro, um eine breite stationäre medizinische Versorgung im Land sicherzustellen. Wir werden uns für den Erhalt eines breiten Netzes von Geburtskliniken und haus- und fachärztlicher Versorgung sowie ausreichend Hebammen einsetzen, kommunale Krankenhäuser weiterentwickeln und dazu kommunale Klinikverbände fördern, wie auch weiterhin den Aufbau der „Medizinischen Universität Lausitz – Carl Thiem“ unterstützen.</p>	<p>Wir haben mit unserer grünen Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher bisher erfolgreich alle Krankenhausstandorte erhalten. Das ist auch weiter das erklärte Ziel. Im Zuge der notwendigen Krankenhausreform wird es Veränderungen geben müssen, die aber den besonderen Gegebenheiten des Landes Brandenburg Rechnung tragen müssen. Es muss dabei bleiben, dass das Land für die Planung zuständig ist, dass zukünftig auch über Trägergrenzen hinweg Kooperationsmöglichkeiten erhalten bleiben, dass es für das Land Zugriff auf Arztstühle geben sollte aus strukturellem Grund (in enger Abstimmung mit der KV), mit dem unbedingten Ziel die starre Trennung von ambulanter und stationärer Versorgung aufzubrechen. Die Krankenhausstandorte sollen zu bedarfsgerechten Gesundheitszentren entwickelt werden. Die Bedarfe werden gerade für alle fünf Versorgungsregionen mit allen Beteiligten ermittelt.</p>	<p>Wir werden uns dafür einsetzen, dass Krankenhäuser, welche die medizinische Infrastruktur in ihren Gebieten aufrechterhalten, erhalten bleiben und somit eine kontinuierliche medizinische Versorgung sicherstellen. Wir setzen uns dafür ein, bei der Strukturplanung von Krankenhäusern die Sicherung der Notfallambulanzen und Rettungszentren auf dem Land besonders zu berücksichtigen, um eine umfassende medizinische Versorgung in diesen Gebieten zu gewährleisten.</p>

Frage	DIE LINKE	SPD	B90/ Grüne	FDP
<p>Welche spezifischen Maßnahmen und Initiativen planen Sie, um dem Fachkräftebedarf in der Pflege im Land Brandenburg entgegenzuwirken? Wie könnte diesbezüglich eine Versorgungssicherheit in der ambulanten und stationären Langzeitpflege sowie im Krankenhausbereich gewährleistet werden?</p>	<p>Der „Pakt für Pflege“ in Brandenburg muss fortgeführt und auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden. Die Ausbildungskapazitäten in der Pflege müssen weiter ausgebaut werden. Schulen für Gesundheitsberufe benötigen in Brandenburg ein Investitionsprogramm, um die infrastrukturellen Voraussetzungen für eine gute Pflegeausbildung zu gewährleisten. Die Abbrecherquote muss gesenkt werden. Wir schlagen deshalb vor, sozialpädagogische Kräfte an den Schulen einzusetzen. Darüber hinaus sind wir auf ausländische Fachkräfte angewiesen. Wichtig ist deshalb bürokratischen Hürden abzusenken und Verfahren zu beschleunigen. Gerade kleine Arbeitgeber benötigen Unterstützung bei der Integration. Grundsätzlich muss die Attraktivität des Pflegeberufes gesteigert werden. Eine neue Arbeitsteilung in den Gesundheitsberufen ist dringend angezeigt. Der Zugang zur akademischen Ausbildung erleichtert werden. Ein allgemeinverbindlicher Tarifvertrag in der Pflege wird von uns angestrebt, ebenso ein Verbot von Leiharbeit in der Pflege.</p>	<p>Für die Ausbildung der künftigen Fachkräfte in den Gesundheits- und Pflegeberufen leisten die Pflege- und Gesundheitsschulen den wesentlichen Beitrag. Daher werden wir sie weiter unterstützen und die Investitionspauschale erhöhen. Die Beschleunigung der Anerkennung ausländischer Fachkräfte im Gesundheits- und Pflegebereich ist weiterhin unser Ziel. Hierzu werden wir die Antragsinitiative der Landes-Koalition, den Beschluss „Beschleunigte Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse im Gesundheitssystem“ (DS 7/ 7378-B), weiter umsetzen, wie z.B. die Ausweitung der entsprechenden LAVG-Servicezeiten oder die Werbung und Bekanntmachung von Bundesprogrammen zur Akquise von Fachkräften aus dem Ausland. Hierzu gehört auch der Runde Tisch „Fachkräftesicherung in der Langzeitpflege“.</p>	<p>Eine der wichtigsten und bundesweit als neuer Ansatz anerkannte Maßnahme ist der Pakt für Pflege, der unbedingt verstetigt und weiterentwickelt werden muss. Die Säule Pflege vor Ort des Pakts für Pflege ist ein innovativer Ansatz, um ein gesundes Altwerden und Teilhabe zu unterstützen und Pflegebedürftigkeit hinauszuzögern. Pflegende Angehörige werden unterstützt, sodass Pflegebedürftige so lange wie möglich in ihrem eigenen zuhause bleiben können. Dadurch wird das professionelle Pflegesystem entlastet. Eine Möglichkeit dafür, gerade im ländlichen Raum, sind Community Health Nurses. Dienstpläne müssen sinnvoll und familienfreundlich gestaltet werden, mit flexibleren Arbeitszeitmodellen und mehr finanzieller Anerkennung. Akademisierung ist notwendig, um Entwicklungschancen zu eröffnen, die Durchlässigkeit der verschiedenen Ausbildungen muss verbessert werden. An der MUL werden deshalb neben der Humanmedizin drei Masterstudiengänge eingerichtet: Medical Data Science, Gesundheitssystemwissenschaften und Advanced Nursing Practices. Auch die Ausbildung im Pflegefachassistenten-Bereich wollen wir neugestalten.</p>	<p>Wir setzen uns dafür ein, den Pflegeberuf attraktiver zu gestalten, indem wir angemessene Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte fördern. Dazu unterstützen wir Sofortmaßnahmen für Aus und Weiterbildungsöffensiven, Anreize für den Wechsel von Teilzeit zurück in Vollzeit, Wiedereinstiegsprogramme für Pflegekräfte, die in andere Berufsfelder gewechselt sind, sowie Weiterqualifizierungen. Wir engagieren uns darüber hinaus aktiv für die Förderung der Zuwanderung qualifizierter Pflegekräfte aus Europa und anderen Ländern. Um dies zu erreichen, werden wir gezielte Anwerbungsprogramme initiieren. Ausländischen Fachkräften, die festgelegte Kriterien erfüllen, wollen wir die Einwanderung und die Anerkennung von Berufsabschlüssen vereinfachen.</p>

Frage	DIE LINKE	SPD	B90/ Grüne	FDP
<p>Die Rolle und die Position der Pflege wurden rückblickend mehrfach auch medialdiskutiert. Welche Möglichkeiten zur Interessensvertretung der Pflegeberufe sehen Sie im Land Brandenburg? Und wie planen Sie die Möglichkeiten aktiv zu unterstützen sowie zu stärken?</p>	<p>Die Interessensvertretungen der Pflegeberufe müssen noch stärker im Landespflegeausschuss Brandenburg eingebunden werden. Ebenso beim runden Tisch zur Fachkräftesicherung. Ihre Expertise ist unverzichtbar. Die Zusammenarbeit mit den Berlin-Brandenburgische Pflegerat wollen wir intensivieren. Gerade auch im Hinblick auf eine notwendige Diskussion zu einer neuen Arbeitsteilung in den Gesundheitsberufen. Einer Pflegekammer stehen wir jedoch kritisch gegenüber. Die Akzeptanz zu den dann zu erhebenden Beiträgen von den professionell Pflegenden hat, nach unserem Eindruck, deutlich abgenommen.</p>	<p>Wir stehen für eine ergebnisoffenen Debatte über eine berufsfachliche Vertretung der Pflegenden im Land Brandenburg, wie wir es auch in der Vergangenheit z.B. in der Frage der Pflegekammer getan haben. Es braucht eine breite und partizipative Diskussion, die in einem klaren Votum münden sollte. Bisher sehen wir im Land Brandenburg kein eindeutiges Für oder Wider, wie vor allem die Gegenüberstellung der Ergebnisse des „Dialoges Pflegekammer“ (2018) mit jenen der ver.di-Unterschriftensammlung (2019) zeigen. So gilt es nun für uns, die in dieser Legislaturperiode angedachten Ideen und Formate für eine entsprechende Interessensvertretung der Pflegeberufe im Land Brandenburg mit in die nächste Legislaturperiode zu nehmen. Dieser Prozess fand aufgrund der Auslastung des zuständigen Ministeriums im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie bisher keinen Abschluss.</p>	<p>Einer Pflegekammer als Interessensvertretung der Pflegenden in Politik und Selbstverwaltung, bei Behörden und vor Gericht im Land stehen wir offen gegenüber, denn so könnten Pflegenden mit Blick auf die Inhalte ihrer Arbeit, Qualifikation und Zusatzqualifikationen, die Berufsordnung und die Versorgungsqualität mitbestimmen. Wir Grüne haben uns schon 2013 gemeinsam mit der CDU für die Prüfung der Voraussetzungen für eine Pflegekammer eingesetzt. Daher setzen wir uns für eine erneute Befragung aller Pflegekräfte mit der Prämisse ein, dass die Zustimmung zu einer Pflegekammer mit der Bereitschaft zu einer Pflichtmitgliedschaft und zur Zahlung eines moderaten Beitrages verknüpft ist, denn gute Kommunikation und Vorbereitung ist entscheidend für den Erfolg des Prozesses. Sollte sich auch in Brandenburg die Mehrheit der Befragten für eine Pflegekammer aussprechen, setzen wir uns dafür ein, dass das Land zügig die Voraussetzungen dafür schafft.</p>	<p>Wir erkennen die Bedeutung der Interessensvertretung in der Pflege und setzen uns dafür ein, den Austausch und die Vernetzung zwischen Pflegekräften und Entscheidungsträgern weiter zu fördern.</p>
<p>Die Profession Pflege steht vor großen Herausforderungen. Welche Ideen hat Ihre Partei, um Pflegekräfte zu unterstützen, zu entlasten und um eine qualitativ hochwertige Versorgung zu ermöglichen?</p>	<p>Die Ausbildungs-, Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote müssen attraktiver und kostenfreie Studiumsangebote deutlich ausgebaut werden. Studierende in den Gesundheitsfachberufen benötigen eine Ausbildungsvergütung. Pflegekräfte können deutlich mehr, als das was man ihnen bisher zugesteht und an Aufgaben zuweist. Deshalb kann die Attraktivität des Pflegeberufes erhöht werden, wenn ihnen mehr Eigenverantwortlichkeit zugestanden wird. Im Zuge des Fachkräftemangels ist dies auch dringend angezeigt. Die Rahmenbedingungen für Pflegekräfte müssen aber ebenso stimmen. Ein allgemeinverbindlicher Tarifvertrag in der Pflege, sowie Mindestvorgaben bei der Personalbemessung in der Pflege sind daher notwendig. Die auskömmliche Refinanzierung der Pflege durch Pflege- und Krankenkassen muss sichergestellt werden.</p>	<p>Wir werden die Anerkennung ausländischer Fachkräfte im Gesundheits- und Pflegebereich beschleunigen, die Pflegeschulen weiter unterstützen und deren Investitionspauschale erhöhen. Wir setzen uns für eine bundesweit strenge Begrenzung der Leiharbeit in der Pflege ein. Nicht zuletzt werden wir auch den „Pakt für Pflege“ fortsetzen und ausbauen. Die Ergebnisse der „Wissenschaftlichen Evaluation der Umsetzung des Pakts für Pflege Brandenburg“ belegen die umfassende Wirkung des „Paktes für Pflege“. Demnach wurden geeignete Rahmenbedingungen geschaffen, um Pflegebedürftigkeit zu verzögern, zu verschieben und zu mildern, wie auch die häusliche Pflege zu stärken. So konnte der Personalmangel in der Pflege abgemildert bzw. kompensiert werden. Da die ambulante und stationäre Pflege den künftigen Bedarf kaum decken wird, werden wir die Stärkung der häuslichen Pflege sowie die Pflege im hausnahen Umfeld fortführen.</p>	<p>Der „Pakt für Pflege“, dessen Erfolg gerade die wissenschaftliche Evaluation bestätigt hat, und mit dem Brandenburg gezeigt hat, dass der Fachkräftemangel abgemildert, der Anteil von zu Hause gepflegten Menschen erhöht und Pflegebedürftigkeit verzögert werden kann, ist ein Vorzeigeprojekt dieser Koalition. Für uns als Grüne ist klar: Wir wollen den „Pakt für Pflege“, der eine Antwort auf die Pflegekrise ist, verstetigen und mit ausreichend Geld ausstatten. Dafür muss er im Landespflegegesetz verankert werden. Vieles beim Thema Pflege kann nur vom Bund geregelt werden und muss jetzt endlich angegangen werden: die von uns Grünen geforderte Pflege- Bürgerversicherung, der allgemeinverbindliche Tarifvertrag, die Finanzierung der Fachassistentenausbildung, die Einführung von Personaluntergrenzen pro Patient*in/Station usw. Im Koalitionsvertrag der Ampel steht eine grundlegende Pflegereform; wir brauchen diese Reform dringend und auch das Mitspracherecht der Kommunen bei Pflegediensten.</p>	<p>Wir setzen uns für eine qualitativ hochwertige Pflege in Brandenburg ein. Angesichts des zunehmenden Mangels an Pflegefachkräften und der hohen Bürokratie sind viele Pflegekräfte überlastet, was zu wenig Zeit für individuelle Zuwendung führt. Wir Freie Demokraten streben an, mehr Zeit für persönliche Betreuung zu schaffen, indem wir Bürokratie abbauen, Arbeitsbedingungen verbessern und die digitale Transformation im Pflegebereich vorantreiben.</p>